

Gegenüber den Anfängen der staats-theoretischen Bemühungen, bekanntgeworden vor allem als »Ableitungsdiskussion«, stehen wir heute vor einer grundlegend gewandelten Situation. Galt es zu Ende der 60er Jahre die Grenzen staatlicher Tätigkeit herauszuarbeiten, so ist am Anfang der 80er Jahre das Bewußtsein über Systemgrenzen staatlichen Handelns allgemein geworden. Von neo-konservativer Seite ist es längst in eine politische Programmatik umgesetzt und politisch relevant geworden. Verändert hat sich auch die Gleichläufigkeit der Vorstellungen in Bezug auf die Inhalte staatlicher Reformprogramme und die Handlungserfordernisse unter den Linken. Engpässe der Kapitalreproduktion lassen sich nun offensichtlich nicht mehr im Gleichlauf mit Reformbewegungen angehen, wie es beispielsweise in der Bildungspolitik der 60er Jahre und auch in anderen Bereichen noch der Fall war. Kapitalinteressen lassen sich zunehmend weniger mit Reformprogrammen verbinden, das Problem anderer Formen der Interessenorganisation und -repräsentation tritt auf die Tagesordnung. Diese historische Notwendigkeit, deren Einlösung noch beträchtliche und praktische Anstrengungen erfordert, wird gegenwärtig zum Einfallstor sowohl spontan-utopischer Vorstellungen – sich vom Staat freimachen, ihn einfach »wegschicken« zu können – als auch von allen möglichen reaktionären und sonstig rückwärtsgewandten zivilisationstheoretischen Interventionen.

Insgesamt führen diese hier nur angerissenen Veränderungen – wenn man die politologische Unterscheidung zwischen policy und politics heranzieht, also der Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Handlungen auf einzelnen Politikfeldern – zu Fragen der Formen politischer Auseinandersetzungen, der Organisation und Repräsentation von Prozessen, der Veränderung politischer Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Theoretisch und analytisch wird diese Verschiebung unterstützt durch die Rezeption der staats-theoretischen Ansätze Gramscis und Poulantzas', die beide die Politikaspekte, die Aspekte politischer Auseinandersetzungen, Bündnisse, Kräfteverhältnisse viel stärker in den Mittelpunkt ihrer Analysen gestellt hatten, als dies in der deutschen Diskussion anfangs der 70er Jahre der Fall war. Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Staatsdiskussion, die vor uns liegt, kann auch die PROKLA nicht mit einem großen Wurf, aus einem Stück einlösen. Wir haben es daher vorgezogen, den Faden an unterschiedlichen Stellen des theoretischen Netzes aufzugreifen, das die theoretische Arbeit der marxistischen Linken in den letzten Jahren (weiter-)gewoben hat. Daß uns dabei im ersten Zugriff einiges nicht möglich gewesen ist, was wir für wünschenswert gehalten haben, sei dabei nicht verschwiegen. Aber die Debatte beginnt eben erst wieder (und wir werden uns bemühen, in den nächsten Heften die Diskussion fortzusetzen).

*Christine Buci-Glucksmann* konstatiert in ihrem Beitrag unter Verweis auf die Situation in Großbritannien, Schweden und der Bundesrepublik das Ende des »keynesianischen Politikmodell« und damit das Ende der Sozialdemokratie, die sich in ihrem Handlungsmodus nach dem 2. Weltkrieg gänzlich diesen Politikreformen verschrieben habe. Der Artikel ist

vor dem Hintergrund des gerade errungenen Wahlsiegs der Linken in Frankreich und der noch nicht von den Militärs unterdrückten Veränderungshoffnungen in Polen geschrieben und sieht jenseits des sozialdemokratischen Keynesianismus die Perspektiven zu einem dritten Weg. Der Beitrag von *Angelo Bolaffi und Giacomo Maramao* über die deutsche Sozialdemokratie stellt die Analyse Buci-Glucksmans im Hinblick auf die italienische Situation und die dortigen Erfahrungen in Frage. Im Gegensatz zu Buci-Glucksmans wird von ihnen der Aspekt der Veränderbarkeit politischer Kräfteverhältnisse in den Vordergrund gestellt. Die Überlegungen richten sich darauf, der italienischen KP den endgültigen Abschied vom Klassenreduktionismus, also von der Klassenpartei, zugunsten eines italienischen »Bad Godesberg« als politische Strategie nahezu legen, um zur Regierungsfähigkeit zu gelangen. Der Artikel von *Wolfgang Fach* bezieht sich auf den deutschen Kontext. Er geht (in einem historischen Vergleich mit der Weimarer Republik) der Frage nach, welche politischen Durchsetzungsformen dem Kapitalinteresse an der Kernenergie angesichts der gegebenen Formen der Interessensorganisation und -repräsentation in der Bundesrepublik gegeben sind. Es wird dabei gefragt, ob die Strukturen des Korporatismus, des »Sicherheitsstaates«, für das Kapital dieselbe Funktionalität besitzen könnten wie der Faschismus als spezifische Organisationsform bürgerlicher Interessen.

In dem Beitrag von *Gerd Rudel* wird auf die Staatsdiskussion Anfang der 70er Jahre zurückgegangen. Dabei entwickelt er als zentralen Kritikpunkt, daß diese Diskussion ihren strategischen Stellenwert für sozialistische Strategie weder hinreichend mitreflektiert hat noch daher einen wesentlichen Beitrag für eine sozialistische Strategie leisten konnte.

*Brandt* und *Minnerup* schließlich bringen in ihrem Beitrag eine Problemstellung in die Analyse über die Organisierbarkeit linker Politikinteressen ein, die Anfang der 70er Jahre ebenfalls durch die Maschenstruktur analytischer Betrachtung gefallen wäre: Die Frage, inwieweit die nationale Frage in Deutschland Staatsverständnis und Staatseinschätzung der Linken beeinflusst.

*Heide Gerstenberger* stellt in ihrem Beitrag vom Ursprung des bürgerlichen Staates in selbstkritischer Absetzung von ihrem früheren staatstheoretischen Ansatz die Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Bedeutung politischer Bewegungen und Klassenkämpfe gegenüber strukturanalytischen Faktoren in den Vordergrund.

Den Abschluß des Heftes bildet schließlich der Beitrag von *Ernst-Pörksen* und *Rudolf Hickel*, in dem diese die Position der Memorandumsguppe gegenüber Kritikern, die auch von Seiten der Prokla hervorgebracht worden sind, verteidigen.

*Die Redaktion*

*Peter Brückner*

Nach jahrelangem Widerstand ist Peter Brückner der Niedertracht seiner Gegner physisch erlegen. Zornig betrauern wir ein weiteres Opfer der deutschen Verhältnisse, den Genossen aus fast zwei Jahrzehnten gemeinsamer Arbeit für eine sozialistische, menschenwürdige Gesellschaft.